

PRESSEKONFERENZ
AM 4. NOVEMBER 2010
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hält der EZB-Rat die derzeitigen **Leitzinsen der EZB** nach wie vor für angemessen. Er hat daher beschlossen, sie unverändert zu belassen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung vom 7. Oktober 2010 verfügbar geworden sind, gehen wir weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleibt. Die jüngsten Wirtschaftsdaten stehen mit unserer Einschätzung im Einklang, dass die Grunddynamik der Erholung positiv bleibt. Gleichzeitig herrscht Unsicherheit. Unsere monetäre Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt. Wir gehen davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Der derzeitige geldpolitische Kurs ist insgesamt nach wie vor akkommodierend. Der geldpolitische Kurs, die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart werden

gegebenenfalls angepasst, wobei der Tatsache Rechnung getragen wird, dass alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Sondermaßnahmen vollständig mit unserem Auftrag im Einklang stehen und entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur sind. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die in jüngster Zeit veröffentlichten Daten und Umfrageergebnisse bestätigen im Allgemeinen unsere Auffassung, dass die positive Grunddynamik der konjunkturellen Erholung im Euroraum anhält. Dies bedeutet ein auch im zweiten Halbjahr anhaltendes Wachstum des realen BIP, was im Einklang mit den bisherigen Erwartungen steht. Die weltweite Erholung dürfte sich den Erwartungen zufolge fortsetzen, und dies dürfte einen weiterhin positiven Einfluss auf die Nachfrage nach Exporten des Eurogebiets haben. Zugleich dürfte sich die Inlandsnachfrage des privaten Sektors, gestützt durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs und die zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen, weiter beleben. Allerdings ist zu erwarten, dass die konjunkturelle Erholung durch den in verschiedenen Sektoren ablaufenden Prozess der Bilanzanpassungen gedämpft wird.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für diesen Wirtschaftsausblick nach wie vor leicht nach unten gerichtet, wobei Unsicherheit herrscht. Einerseits könnte der Welthandel nach wie vor schneller wachsen als erwartet und somit die Ausfuhren des Euroraums stützen. Andererseits bestehen weiterhin einige Bedenken bezüglich des neuerlichen Auftretens von Spannungen an den Finanzmärkten. Ferner erwachsen Abwärtsrisiken aus erneuten Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so stieg die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Oktober wie

erwartet auf 1,9 %, nachdem sie im September 1,8 % betragen hatte. In den kommenden Monaten werden sich die am HVPI gemessenen Preissteigerungsraten um das gegenwärtige Niveau bewegen, bevor sie sich im Lauf des nächsten Jahres wieder abschwächen. Insgesamt sollten die Teuerungsraten im Jahr 2011 moderat bleiben. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind leicht nach oben gerichtet. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise (ohne Öl). Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen. Zugleich wird nach wie vor erwartet, dass sich die Risiken für die Preis- und Kostenentwicklung in Grenzen halten.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so war die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im September 2010 mit 1,0 % weitgehend unverändert gegenüber August (1,1 %). Die jährliche Wachstumsrate der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor belief sich wie schon im Vormonat auf 1,2 %. Lässt man die Entwicklung in einzelnen Monaten außer Acht, so ist das Wachstum der weit gefassten Geldmenge und der Kreditvergabe nach wie vor verhalten, was weiterhin die Einschätzung stützt, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht begrenzt ist.

Die Jahreswachstumsrate von M1 hat sich weiter abgeschwächt und lag im September 2010 bei 5,9 %, während die Zwölfmonatsrate der sonstigen kurzfristigen Einlagen weniger negativ ausfiel. Darin kommt die Ausweitung des Abstands zwischen den Zinssätzen für kurzfristige Termineinlagen und den Zinsen für täglich fällige Einlagen zum Ausdruck.

Die jährliche Zuwachsrates der Bankkredite an den privaten Sektor wird zunehmend von der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften gestützt. Die Jahreswachstumsrate dieser Kredite ist zwar nach wie vor geringfügig negativ, doch deutet die Entwicklung der vergangenen Monate darauf hin, dass im Jahresverlauf 2010 ein Wendepunkt erreicht wurde. Dies stünde im Einklang mit der bereits in vergangenen Zyklen beobachteten verzögerten Reaktion der Kreditentwicklung auf die Wirtschaftstätigkeit im Verlauf des Konjunkturzyklus. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte betrug im September 2,8 % und verharrte somit auf einem ähnlichen Niveau wie in den Monaten zuvor.

Die Banken haben den Anteil der Kreditvergabe an den privaten Sektor in ihren Bilanzsummen erneut nach und nach erhöht, doch sie stehen weiterhin vor der Herausforderung, die Verfügbarkeit solcher Kredite auszuweiten, sobald sich die Nachfrage weiter erholt. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten sie gegebenenfalls Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Wir haben daher beschlossen, sie unverändert zu belassen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung vom 7. Oktober 2010 verfügbar geworden sind, gehen wir weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleibt. Die jüngsten Wirtschaftsdaten stehen mit unserer Einschätzung im Einklang, dass die Grunddynamik der Erholung positiv bleibt. Gleichzeitig herrscht Unsicherheit. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse unserer wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt. Wir gehen davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung

mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so besteht ohne Zweifel die Notwendigkeit, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fähigkeit der Regierungen zur Rückkehr zu tragfähigen öffentlichen Finanzen zu stärken, die in den Zinssätzen enthaltenen Risikoprämien zu reduzieren und so auf mittlere Sicht ein nachhaltiges Wachstum zu stützen. Hierfür ist es unabdingbar, dass die Länder glaubwürdige mehrjährige Konsolidierungspläne erstellen und die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen vollständig umsetzen. In ihren Haushaltsplänen für 2011 müssen sie glaubwürdige fiskalpolitische Anpassungsmaßnahmen formulieren, die sich auf die Ausgabenseite konzentrieren. Etwaige positive Entwicklungen der öffentlichen Finanzen, die beispielsweise ein die Erwartungen übertreffendes Umfeld widerspiegeln, sollten für raschere Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung genutzt werden.

Die sofortige Umsetzung weitreichender **Strukturenreformen** ist unabdingbar, um die Aussichten für ein höheres nachhaltiges Wachstum zu verbessern. Umfangreiche Reformen sind insbesondere in jenen Ländern erforderlich, die in der Vergangenheit Wettbewerbsverluste hinnehmen mussten oder zurzeit von hohen Haushalts- und Außenhandelsdefiziten betroffen sind. Die Beseitigung von Arbeitsmarkttrigiditäten und die Stärkung des Produktivitätswachstums würden den Anpassungsprozess dieser Volkswirtschaften weiter unterstützen. Eine Steigerung des Wettbewerbs an den Gütermärkten, insbesondere in den Dienstleistungssektoren, würde zudem den Strukturwandel in der Wirtschaft erleichtern und die Innovation sowie die Einführung neuer Technologien fördern.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten einigten sich auf ihrer Sitzung am 28. und 29. Oktober auf die **Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union**. Die von Präsident Van Rompuy vorgebrachten Vorschläge bedeuten eine Stärkung des bestehenden Handlungsrahmens für die haushaltspolitische und gesamtwirtschaftliche Überwachung in der Europäischen

Union. Allerdings ist der EZB-Rat der Auffassung, dass die angedachten Reformen den Rufen nach erheblichen Fortschritten bei der wirtschaftspolitischen Steuerung der Währungsunion nicht ganz gerecht werden.

Insbesondere zeigt sich der EZB-Rat besorgt, dass die Reformpläne unzureichende Automatismen bei der Umsetzung der Haushaltsüberwachung vorsehen, keine Spezifikation der Regelung zur Rückführung von Schuldenquoten enthalten und dass Finanzsanktionen im Rahmen des makroökonomischen Überwachungsverfahrens nicht ausdrücklich beibehalten werden.

Insbesondere mit Blick auf das makroökonomische Überwachungsverfahren sollte der Fokus des neuen Systems der gegenseitigen Überwachung klar auf den Euro-Ländern liegen, die anhaltende Wettbewerbsverluste und hohe Leistungsbilanzdefizite verzeichnen. Es sollte auf transparenten und effektiven Auslösemechanismen basieren. Von entscheidender Bedeutung wäre, dass die Beurteilungen makroökonomischer Ungleichgewichte sowie Empfehlungen zu Korrekturmaßnahmen in allen Phasen des Überwachungsverfahrens umfassend der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Die Öffentlichkeit und die Märkte können sich darauf verlassen, dass der EZB-Rat unbeirrt an seiner Verpflichtung festhält, auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.